



## Dr. Nina Scheer - Wochenspiegel vom 21. Februar bis 6. März 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

anbei mein WOCHENSPIEGEL für die Zeit vom vom 21. Februar bis 6. März 2022.

Anregendes Lesen wünscht Ihre/Deine

Dr. Nina Scheer  
Bundestagsabgeordnete

# THEMEN

## INVASION RUSSLANDS IN DIE UKRAINE

### Sondersitzung des Deutschen Bundestages

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der russischen Regierung auf die Ukraine ist aufs Schärfste zu verurteilen. Es gilt den Krieg so schnell es geht zu beenden, auf allen Ebenen Hilfe zu leisten, hierbei aber zugleich auch deeskalierend zu wirken.

Der Deutsche Bundestag kam auf Bitten von Bundeskanzler Olaf Scholz angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine am Sonntag, den 27. Februar zu einer Sondersitzung zusammen. Die Debatte durchzog die klare Verurteilung des Krieges als völkerrechtswidrigen Angriff. Es standen dabei sowohl außenpolitische, verteidigungspolitische, als auch Fragen der Ausrüstung der Bundeswehr sowie zur Gewährleistung von Energiesicherheit im Mittelpunkt. Die Entscheidung der Bundesregierung, die auch mit einem von CDU/CSU und der Ampel-Koalition eingebrachten Entschließungsantrages geteilt wurde, an die Ukraine Waffen zur Selbstverteidigung zu liefern, stellte eine grundlegende Veränderung der Grundhaltung gegenüber Waffenlieferungen dar. Eine weitere zentrale Aussage aus der Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz war die Ankündigung der Einrichtung eines Sondervermögens für die Bundeswehr von 100 Mrd. Euro. Die Mittel sollen in den nächsten Jahren für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben genutzt werden.

Zur Sondersitzung in der Mediathek des Deutschen Bundestages: <https://bit.ly/3lu7ohh>

Olaf Scholz kündigte an, von nun an mehr als zwei Prozent des BIP in die Verteidigung zu investieren. Damit sollen die von Deutschland mit beschlossenen Vorgaben des NATO-Gipfels 2014 in Wales, als das Zwei-Prozent-Ziel erstmals in einem Gipfeldokument festgehalten wurde, umgesetzt werden. In der Umsetzung wird noch vom Parlament zu behandeln sein.

Der Europarat hat bereits erste Konsequenzen gezogen und Russland die Vertretungsrechte vorübergehend entzogen. Eine Teilnahme russischer Diplomaten und Delegierter an Sitzungen des Europarates ist damit aktuell nicht möglich.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben Sanktionen in nie gekanntem Ausmaß ergriffen und behalten sich weitere Sanktionen vor.

Deutschland ist auf eine Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine vorbereitet. Viele Menschen, aber auch Städte und Kommunen haben bereits ihre Hilfe angeboten. An der deutsch-polnischen Grenze stellt sich die Bundespolizei auf Flüchtlinge aus der Ukraine ein.

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) bereitet sich auf umfassende Hilfsmaßnahmen für die

Zivilbevölkerung in der Ukraine vor. Das DRK unterstützt bereits seit 2017 Menschen, die in der Ostukraine nahe der Kontaktlinie leben, mit monatlichen Bargeldhilfen. Seit vergangener Woche ist ein DRK-Nothilfeexperte in Kiew, um einen substanziellen Beitrag des DRK zum Notfallplan des Ukrainischen Roten Kreuzes auszuarbeiten.

Die Bundesregierung stellt kurzfristig zusätzlich 10 Mio. Euro für das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) bereit, das in der Ukraine und in den Nachbarstaaten aktiv ist.

Die Deutsche Bahn ermöglicht Geflüchteten mit ukrainischem Pass oder Personalausweis, kostenlos alle Fernzüge aus Polen in Richtung Deutschland zu nutzen. Ziel ist es, den Flüchtenden die Weiterreise ab der Grenze zu erleichtern. Es muss nun besonders darauf geachtet werden, Menschen unabhängig nach ihrer Herkunft gleich zu behandeln.

Ukrainische Staatsangehörige, die visumfrei für einen Kurzaufenthalt nach Deutschland eingereist sind, können nach Ablauf der 90 Tage eine Aufenthaltserlaubnis für einen weiteren Aufenthalt von 90 Tagen einholen.

Eine Evakuierung von deutschen Staatsangehörigen oder ukrainischen Staatsangehörigen durch deutsche Behörden ist derzeit nicht vorgesehen. Deutsche in der Ukraine sind aufgefordert, sofort das Land auf einem sicheren Weg zu verlassen und falls dies nicht möglich ist, an einem geschützten Ort zu bleiben.

Die Importanteile fossiler Energiequellen aus Russland liegen für Öl bei 35 Prozent, für Kohle bei 50 Prozent und für Gas bei 55 Prozent. Ziel ist es, die hohe Abhängigkeit von russischen Importen bei fossilen Energieträgern zu überwinden. Wichtigster Schlüssel für eine Energie-Souveränität bleibt deshalb die Energiewende. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist deshalb auch eine Frage der nationalen und europäischen Sicherheit.

Akut ist keine Gasverknappung zu befürchten; die Speicherstände der Gasspeicher sind mit rund 30 Prozent wieder auf einem normalen Niveau für Ende Februar, nicht zuletzt durch die Beschaffung über so genannte Long Term Options (LTOs, s. u.). Zudem wird der Aufbau einer Gas- sowie einer Kohlereserve geplant.

In Deutschland wird eine strategische Ölreserve vorgehalten, um schnell und wirksam auf regionale Versorgungsstörungen reagieren zu können. Im Gasbereich existiert anders als bei Öl derzeit noch keine strategische Reserve. Es wird aber daran gearbeitet zu gewährleisten, dass strategische Reserven auch für den Gasmarkt aufgebaut werden.

Es sollte auch in Fragen von Gasreserven die Prämisse des Vorrangs Erneuerbarer Energien gelten, womit etwa Bioenergie vorrangig eingesetzt würde. Die Bundesregierung hat zudem angekündigt, zwei Flüssiggas-Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven bauen. Sie sollen H2-ready, also nutzbar für Wasserstoff, sein.

Aktuell importiert Deutschland mehr als die Hälfte seines Gases aus Russland. Die Bestrebungen der Diversifizierung und Loslösung von Ressourcen aus Russland werden unter Hochdruck verfolgt.

Die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke kann nicht die Antwort auf eine Energiekrise sein. Atomenergie ist die teuerste Form der Energiegewinnung, auch mit Blick auf die Endlagerkosten. Zudem ist Atomenergie aufgrund ihrer schweren Regelbarkeit systemisch betrachtet schlechter mit einem wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien kompatibel als etwa Gas.

Deutschland sollte aber nun erst recht auf einen verstärkten und beschleunigten Ausbau der Erneuerbarer Energien setzen, da dies die nachhaltigste und auch kostengünstigste Form der Energiegewinnung ist. Dafür ist es auch wichtig, dass wir Planungen und Genehmigungen massiv beschleunigen.

Die Energiepreissteigerungen der letzten Wochen sind auf gestiegene Preise für fossile Energien, insbesondere Erdgas, zurückzuführen. Je mehr Erneuerbare Energien hinzukommen, desto größer wird die preisliche Entlastung. Für Energiesicherheit, bezahlbare Energie, wie ohnehin zur Eingrenzung des menschengemachten Klimawandels, brauchen wir einen beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien. Beschleunigende Maßnahmen, auch der Abbau von bestehenden Hemmnissen, werden aktuell auf den Weg gebracht und müssen nun im Zeichen von Energiesicherheit noch ausgeweitet werden. Die beschleunigte Energiewende wird zunehmend eine Frage der auch nationalen und europäischen Sicherheit.

SPD, Bündnis 90/Grüne und FDP haben sich im Koalitionsausschuss am 23. Februar auf Entlastungen in Höhe von 13 Mrd. Euro geeinigt, um die höheren Energiepreise auszugleichen:

- Die Strompreise werden sinken, weil die EEG-Umlage zum 1. Juli entfällt. Dadurch spart ein Drei-Personen-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 4.000 Kilowattstunden rund 89 Euro, bei einem Verbrauch von 6.000 Kilowattstunden rund 133 Euro.
- Die höheren Spritpreise werden ausgeglichen, indem die Pendlerpauschale rückwirkend zum 1. Januar auf 38 Cent angehoben wird; derzeit beträgt sie zwischen 30 und 35 Cent. Zudem können höhere Werbungskosten von der Steuer abgesetzt werden.
- Damit das Heizen bezahlbar bleibt, erhält jede:r Wohngeldempfänger:in, Azubi und Studierende einen Heizkostenzuschuss. Für eine Person beträgt er 135 Euro; bei zwei Personen 175 Euro und bei jeder weiteren Person je 35 Euro.
- Für Menschen, die Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung beziehen, gibt es einmalig 100 Euro; für Kinder, die in armen Familien aufwachsen, wird es ab dem 1. Juli 20 Euro monatlich mehr geben.
- Menschen mit niedrigem Einkommen profitieren von einem höheren Grundfreibetrag: Der steuerfreie Anteil des Einkommens steigt von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf 10.347 Euro. Außerdem wird zum 1. Oktober 2022 der Mindestlohn auf 12 Euro erhöht.

Eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, wie von einigen Stimmen nun gleich gefordert, ist weder sachlich, ökonomisch noch mit Blick auf die Energiesicherheit

sinnvoll und kommt somit nicht in Betracht, zumal sie systemisch den Umstieg auf Erneuerbare Energien erschwert. Wir müssen unabhängig von einseitigen Energieimporten werden und den dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien unter Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern und Kommunen stärken um die Energiewende zu beschleunigen.

Auch das längere Festhalten an Kohle widerspricht unseren Klimaschutzzielen und blockiert den nun beschleunigt vorzunehmenden Umstieg auf Erneuerbare Energien. Insofern ist jede Verzögerung des Kohleausstiegs auch ein Hemmnis für Energiesicherheit, bezahlbare Energie sowie hiermit verbundene technologische Innovationen und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

Zur Pressemitteilung auf meiner Website: <https://www.nina-scheer.de/2022/02/26/preissteigerungen-im-energiebereich-wird-entgegengewirkt-bezahlbare-energieversorgung-ist-daseinsvorsorge-energiesicherheit-verlangt-den-beschleunigten-umstieg-auf-erneuerbare-energien/>

## **MINDESTLOHN**

Das Kabinett beschloss, dass ab 1. Oktober 2022 12 Euro Mindestlohn gezahlt werden. Damit hat Arbeitsminister Hubertus Heil eines der zentralen SPD-Wahlversprechen auf den Weg gebracht. Von der Erhöhung profitieren 6,2 Millionen Menschen - insbesondere Frauen und Arbeitende in den ostdeutschen Bundesländern.

## **WELTKLIMARAT BESTÄTIGT NOTWENDIGKEIT DER BESCHLEUNIGTEN ENERGIEWENDE**

Der zweite Teil des sechsten Weltklimaberichts, veröffentlicht am 28. Februar, alarmiert und mahnt. In seinem Bericht beschreibt das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) die Folgen des Klimawandels, Anpassungsmöglichkeiten und die Verwundbarkeit von Gesellschaften und Ökosystemen. Der Bericht zeigt, welche dramatischen Auswirkungen die Klimakrise bereits heute auf die biologische Vielfalt und Menschen hat.

Anlässlich der Veröffentlichung des Berichts erklärte ich als Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit Frank Schwabe, menschenrechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Sanae Abdi, entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion: Der Bericht des Weltklimarats ist wie erwartet alarmierend. Er mahnt, die globale Abhängigkeit von fossilen Energie-Ressourcen so schnell wie möglich zu überwinden. Richtigerweise widmet sich die Ampel-Koalition dem beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien. Die Dringlichkeit wird aber auch über den heute vorgelegten Bericht nochmal erhöht. In Bezug auf Deutschland bestätigt der IPCC-Bericht damit auch die klimapolitische Notwendigkeit eines vorzuziehenden Kohleausstiegs. Die Klimarelevanz von CO<sub>2</sub>-Emissionen wird weltweit und auch bei uns längst spürbar, wie etwa anhand vermehrt auftretender Extremwetter und der verheerenden Hochwasser etwa im letzten Jahr zu erkennen.

Frank Schwabe, menschenrechtspolitischer Sprecher:

"Mit jedem Klimabericht werden die Erkenntnisse über die dramatische Lage des Klimawandels stärker. Auch wenn gerade der Ukraine-Krieg alles beherrscht, geht es darum, zu begreifen, dass der Klimawandel der Grund für Krisen und Kriege ist. Wir dürfen die internationale Klimapolitik jetzt nicht vergessen. Im Gegenteil: Die internationale Klimapolitik muss ganz hoch auf die politische Agenda."

Sanae Abdi, entwicklungspolitische Sprecherin: „Die großen Leidtragenden des globalen Klimawandels sind jetzt schon die Länder des globalen Südens und die dort lebenden Menschen. Wir müssen jetzt handeln. Dafür braucht es die entsprechenden finanziellen Mittel. Ich freue mich sehr, dass die SPD-Entwicklungsministerin Svenja Schulze angekündigt hat, 21 Millionen Euro zusätzlich für die Initiative InsuResilience Global Partnership bereit zu stellen, um die finanzielle Absicherung armer und verwundbarer Menschen und Länder gegen Klimarisiken zu stärken. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Situation sollten wir nicht vergessen: Klimapolitik ist auch Friedenspolitik.“

Zu der Pressemitteilung auf meiner Website: <https://bit.ly/374msEv>

## **NORDEX SCHLIESSEN IN ROSTOCK HIESSE DIE ENERGIEWENDE BLOCKIEREN**

Der Windturbinenhersteller Nordex kündigte die Schließung des Werks in Rostock zum 30. Juni an. Diese Maßnahme wird damit begründet, dass Rohstoffe mit Zöllen belegt werden, Fertigprodukte aber nicht. Zudem würden Steuern das Unternehmen sehr belasten. Damit würde das letzte in Deutschland produzierende Rotorblattwerk schließen. Dies ist ein Schritt in die falsche Richtung! Wir brauchen eine Stärkung Erneuerbarer Energietechniken wie -Produktionsstätten. Das Werk schließen, hieße die Energiewende blockieren. Mit meinem SPD-Kollegen aus dem Ausschuss für Klimaschutz und Energie, Berichterstatter für Windenergie und Abgeordneten aus dem benachbarten Wahlkreis Segeberg/Stormarn-Mitte Bengt Bergt, MdB, sprach ich mich gegen die Schließung aus.

Es wird aktuell sehr deutlich, wie dringend es ist, Importabhängigkeiten von fossilen Energien zu überwinden und den Ausbau Erneuerbarer Energien zu beschleunigen, die die kostengünstigste Form der Energiegewinnung sind. Insofern ist die Entscheidung, das Nordex-Werk in Rostock zu schließen, ein katastrophaler Schritt. Er läuft dem Interesse von Energiesicherheit und Importunabhängigkeit zuwider und muss rückgängig gemacht werden. Das Nordex-Werk schließen, heißt die Energiewende blockieren.

Bengt Bergt:

„900 Arbeitsplätze am ohnehin gebeutelten Industriestandort Rostock sind gefährdet. In den vergangenen zehn Jahren gingen laut Schätzung bereits insgesamt 60.000 Stellen in der Windindustrie ins Ausland. Diese Abwanderung muss umgehend gestoppt werden. Gerade jetzt, wo wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien in ungekanntem Ausmaß vorantreiben werden, ist dies ein Signal in die falsche Richtung und nicht hinzunehmen. Vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung das neue Ausbauziel von 110 GW für Windenergie an Land bis 2030 kommuniziert, was eine Verdopplung der aktuell

installierten Leistung in Deutschland bedeutet. Dazu passt es nicht, die Voraussetzungen für diese Entwicklung vor Ort zu erschweren, wie es durch die Werksschließung zu erwarten wäre. Das bedeutet nicht weniger, als einen für das Gelingen der Energiewende relevanten Industriestandort mitsamt dem Knowhow, den sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Vorteilen in ein Billiglohnland auszulagern.“

Zu der Pressemitteilung auf meiner Website: <https://bit.ly/3CfpQrJ>

## **ENERGIEKRISE ERFORDERT NACHHALTIGE ANTWORTEN - DEBATTE UM AKW BROKDORF LENKT VON DRINGEND ZU BESCHLEUNIGENDEM AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN AB**

Im Rahmen des gesetzlichen Ausstieges aus der Atomenergie bis Ende 2022 wurden am 31. Dezember 2021 drei weitere Atomkraftwerke (AKWe) vom Netz genommen, darunter auch das AKW Brokdorf in Schleswig-Holstein, das nach 35 Jahren abgeschaltet wurde. CDU und FDP Schleswig-Holstein forderten nun ein Hochfahren des AKW Brokdorf vor dem Hintergrund der akuten Energiekrise. Diese Vorschläge zielen auf eine Verstetigung von Energiemengen, die die Energiewende blockieren. Dies ist kontraproduktiv und lenkt vom dringend zu beschleunigenden Ausbau Erneuerbarer Energien ab.

Gerade angesichts der Energiekrise und zur Gewinnung von mehr Energiesicherheit muss nun verstärkt und beschleunigt auf Erneuerbare Energien umgestiegen werden. Längere Laufzeiten erschweren diesen Weg, da sie im Energiemix mit einem wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien nur eingeschränkt kompatibel sind. Insofern hemmt Atomenergie systemisch den Umstieg auf Erneuerbare Energien, den es aber ja nun erst recht beschleunigt zu realisieren gilt.

Der Atomausstieg wurde unter Rot-Grün um die Jahrtausendwende aus gutem Grund beschlossen. Atomenergie ist gefährlich, steht für ungelöste Endlagerprobleme, für Abhängigkeit von endlichem Uran, Anfälligkeiten in Dürreperioden sowie angesichts von Terrorgefahren und ist die teuerste Form der Stromgewinnung. Laufzeitverlängerungen, wie sie Schwarz-Gelb im Herbst 2010 beschlossen hatte, wurden richtigerweise bereits 2011, nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima, zurückgenommen. Allein die mit dem Zickzack verursachten Vertrauensschäden haben die deutschen Steuerzahler\*innen ca. 2,4 Milliarden gekostet. Ganz abgesehen von den Folgekosten, die über Tausende von Jahren bestehen bleiben.

Zu der Pressemitteilung auf meiner Website: <https://www.nina-scheer.de/2022/03/04/energiekrise-erfordert-nachhaltige-antworten-debatte-um-akw-brokdorf-lenkt-von-dringend-zu-beschleunigendem-ausbau-erneuerbarer-energien-ab/>

### **MEDIENSPOTS (Auswahl)**

**Nina Scheer: Energiekrise erfordert nachhaltige Antworten**  
LOZ, 05.03.2022 - <https://bit.ly/35tFLqs>

**Gaspreisexplosion: Energie-Experte befürchtet „Boomerang“-Effekt zurück zur Kohle**  
Watson, 02.03.2022 - <https://bit.ly/3pHQvIG>

### **Klima-Politik und Klima-Protest**

NDR Info (Interview, Audio), 02.03.2022 - <https://bit.ly/378monb>

### **Nordex schließen in Rostock heiße die Energiewende blockieren**

SPD Fraktion im Bundestag, 01.03.2022 - <https://bit.ly/3IRqLkn>

### **Nach Bericht des Weltklimarats: Koalition will mehr Geld für Anpassung einsetzen**

RND, 28.02.2022 - <https://bit.ly/3psWG2V>

### **Weltklimarat bestätigt Notwendigkeit der beschleunigten Energiewende**

SPD Fraktion im Bundestag, 28.02.2022 - <https://bit.ly/3HqH325>

### **Ukraine-Krieg: So wird Deutschland laut SPD-Expertin unabhängiger von russischem Gas**

SWR (Interview, Audio), 25.02.2022 - <https://bit.ly/35CUVsO>

### **Klimaaktivisten blockieren Straßen im Hamburger Hafen**

FAZ, 21.02.2022 - <https://bit.ly/33Bifqi>

### **Klimaaktivisten stören Warenverkehr am Hamburger Hafen**

FAZ (Abo), 21.02.2022 - <https://bit.ly/3h1cmFV>

### **Straßenblockaden: CDU will strafrechtliche Verfolgung von Aktivisten**

Berliner Zeitung, 21.02.2022 - <https://bit.ly/3p380Tc>

## **ZU GAST ...**

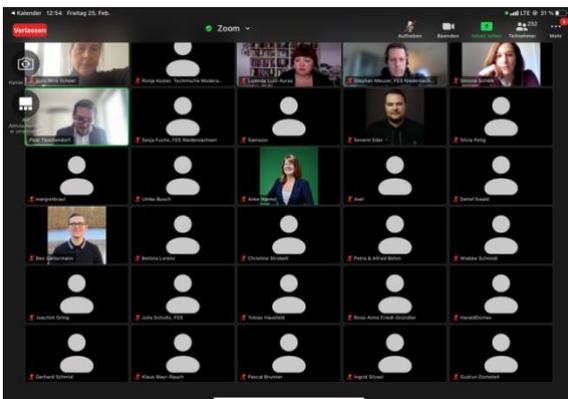
... bei der **ENERGIE- UND TARIFPOLITISCHEN ARBEITSTAGUNG DER IN VER.DI ORGANISIERTEN BETRIEBSRÄTE DER ENERGIEWIRTSCHAFT** am 21. Februar. Online diskutierte ich auf dem Podium gemeinsam mit Mark Helfrich (CDU/CSU); Katrin Uhlig (Grüne), Michael Kruse (FDP); Ralph Lenkert, (Linke) zu dem Thema „Energiewende jetzt? Zukunft - investieren - Sicherheit“. Es waren rund 400 Teilnehmer\*innen virtuell zugeschaltet.

... am 6. März hielt ich eine Rede auf der **FRIEDENSKUNDGEBUNG DER STADT RATZEBURG** auf dem Rathausplatz unter dem Motto „Frieden für die Ukraine“. Dabei bekräftigte ich aus rationalen und taktischen Gründen meine Haltung gegen die Einrichtung einer Flugverbotszone für russische Flugzeuge über der Ukraine durch ein Mitgliedsland der NATO. Denn dies würde eine weitere Eskalation des Konfliktes nach sich ziehen.

... auf dem **SPD-WIRTSCHAFTSFORUM** am 22. Februar. Hier hielt ich einen Impulsvortrag zu Energiepreisen und Maßnahmen zum beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien.



... auf Einladung der **FES NIEDERSACHSEN** diskutierte ich am 25. Februar gemeinsam mit Peer Teschendorf, von der FES Russland und Dr. Ludmila Lutz-Auras, Sprecherin des Zentrums für Eurasisch-Russländische Studien (ZEUS), Universität Rostock zu dem Thema „Ein neuer Krieg in Europa? Die Russland-Ukraine-Krise - Perspektiven aus den FES-Büros vor Ort.“



In meinem Beitrag ging ich insbesondere auf energiepolitische Perspektiven ein. Energiewendepolitik ist auch Friedenspolitik.

...in Geesthacht beim **SPENDENSAMMELN FÜR DIE UKRAINE** am 5. März. Dabei wurden vier Sprinter befüllt, einen fuhr Bürgermeister Olaf Schulze zur polnischen Grenze.



... beim **ONLINE DIALOGFORUM FUTURELAB AUTONOME SCHIFFFAHRT - Innovationssprung für Schleswig-Holstein der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS)** am 23. Februar. Dort stellten Lars Holger und Stefanie Engelhard, Gründer von Unleash Future Boats, ihre selbst entwickelten, autonom fahrenden Schiffe mit Brennstoffzellen und grünem Wasserstoff vor.

# BERICHTE

## GREMIENSITZUNGEN

Aufgrund des Angriffskriegs in der Ukraine fanden zahlreichen **Sondersitzungen** statt, so etwa der **Parlamentarischen Linken** am 28. Februar und am 1. März sowie am gleichen Tag an der Sondersitzung des **Fraktionsvorstandes** und der **Fraktion** und eine von mir angeregte Sondersitzung des Ausschusses Klimaschutz und Energie.

Gemeinsam mit meinem Kollegen Dr. Mattias Miersch, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Bernd Westphal, wirtschaftspolitischer Sprecher, hatte ich als klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin zu einem **fraktionsoffenen Abend** „Auswirkungen der russischen Aggression auf Wirtschaft sowie Energie- und Versorgungssicherheit“ mit eingeladen.

Zu dem Jourfix der AG **Klima und Energie** lud ich wie jede Woche ebenfalls ein.

## BEIRAT DER BUNDESNETZAGENTUR (BNETZA)

Der Beirat der BNetzA kam am 21. Februar online zu einer Sondersitzung zusammen, um Klaus Müller als neuen Präsidenten der Bundesnetzagentur, BNetzA, zu wählen. Meine herzlichen Glückwünsche an Klaus Müller. Er war zuvor seit 2014 Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverband und einst Landesminister in Schleswig-Holstein.

## ENERGIEWENDE-AUSTAUSCH

Die von mir im November 2018 initiierte Online-Plattform ([www.energiewende-appell.de](http://www.energiewende-appell.de)) mit derzeit mehr als 1.700 Unterzeichner\*innen fordert als sozialdemokratische Stimme eine zu beschleunigende Energiewende. Mit bis zu 60 Teilnehmer\*innen finden zudem stetige (Online-)Austausche statt. In der 33. Energiewende-Appell Runde am 24. Februar mit ca. 60 Teilnehmenden sprachen wir neben den energiepolitischen Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine auf die deutsche Energiesicherheit auch über die verstärkte Notwendigkeit, schnell Erneuerbare Energien auszubauen. Der massiv beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien ist auch ein sicherheits- und friedenspolitischer Imperativ.